



Lütjenburger Rundschau

www.spd-luetjenburg.de - Telefon: 04381/7491 - Fax: 04381/409964

Auf den Notarzt kann die Region nicht verzichten!

Rettet den Notarzt in Lütjenburg! Keine Sparmaßnahmen auf dem Rücken von Notfallpatienten. Unter diesem Motto setzt sich die SPD seit April vehement für den Notarzt-Standort Lütjenburg ein.

Die Krankenkassen wollen sich aus der Finanzierung zurückziehen. Stattdessen soll Lütjenburg mit seinem Umland von anderen Standorten wie Preetz oder Schönkirchen versorgt werden. Traudl Holst: „Für unsere Region wäre das schlicht gesagt eine Katastrophe und auf gar keinen Fall hinnehmbar“.

Die SPD-Vorsitzende sieht die Region um mehr als 20 Jahre zurückversetzt. Die Anfahrtszeiten wären wie damals vor allem bei lebensbedrohlichen Krankheiten und Verletzungen viel zu lang.

Besonders nachts, an Wochenenden oder in der dunklen Jahreszeit, wenn z.B. der Rettungshubschrauber nicht fliegen kann.

Der Spruch: „Man kann sich eben nicht alles leisten!“ mag für vieles Überflüssige gelten – hier ist er fehl am Platze, denn jedes einzelne gerettete Menschenleben zählt!



Der Notarzt muss in Lütjenburg bleiben!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mitten im sogenannten Superwahljahr wollen wir Sie in unserer neuesten Ausgabe der Lütjenburger Rundschau wieder über das politische Geschehen und die Arbeit der Sozialdemokraten in unserer Stadt informieren. Zum Beispiel über das Ergebnis einer Elternbefragung zur Gemeinschaftsschule, über die Zukunft des Klärwerks, den Bau eines Blockheizkraftwerkes, über die Feuerwehr und das Nienthal-Projekt. In erster Linie aber darüber, wie wichtig es ist, am 7. Juni zur Europa-Wahl zu gehen!

Ihre Traudl Holst, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins

Matthias Treu zum Thema: „Eine neue Drehleiter für die Feuerwehr.“ Was wirklich vor und hinter den Kulissen gelaufen ist, lesen Sie auf Seite 4.

Peter Holst zum Thema: „Elternbefragung zur künftigen Form des Schulzentrums in Lütjenburg.“ Lesen Sie hierzu seinen Kommentar auf Seite 2.

Ulrike Rodust kandidiert für EU-Parlament!



Die SPD-Europaabgeordnete **Ulrike Rodust** erläuterte bei einem Besuch in Lütjenburg ihre Vorstellungen und Ziele für die nächste Wahlperiode. Wie sich die gelernte Industriekauffrau, Hauswirtschafterin und Buchhalterin ihre weitere Arbeit vorstellt, lesen Sie auf Seite 3 der LR. Von Eckhard Voß wurde sie über die Situation unserer Region informiert.

Wohin sollen junge Menschen nach 18 Uhr?

Wohin sollen die jungen Menschen nach 18 Uhr? Eine alte Frage, die stets gleich beantwortet wird: In die Vereine oder ins Jugend-Aktions-Zentrums (JAZ). Sicher, da sind sie auch, aber eben nicht alle, vor allem nicht die Älteren. Und schon gar nicht nach 18 Uhr.

Zwei Frauen sprechen das Thema auf dem Wochenmarkt an: „Erst auf dem Gildenplatz, jetzt im Nienthal, wo keiner gucken kommt – das kann's doch nicht sein!“ sagen sie. „Da gibt's Vandalismus, weil keiner für sie da ist, ein Streetworker oder so!“ Und: „Wo sollen sie denn auch hin, die Größeren?“ Eine Gemeinde in unserer Nachbarschaft hat den Jugendlichen kürzlich eine Aufgabe und einen Treffpunkt gegeben – einen Bauwagen, den sie sich selber zurechtmachen sollen. Tolle Idee!

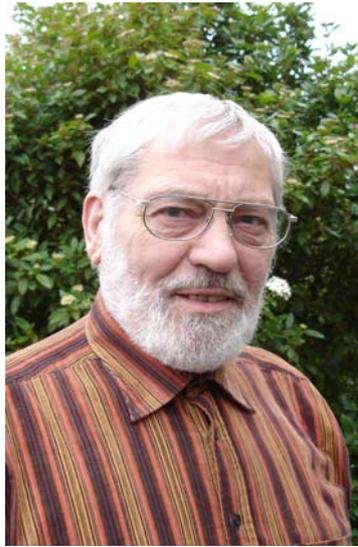
Gute Ideen haben die Jugendlichen meist selbst. Man müsste sie nur fragen und mitplanen lassen. Zum Beispiel bei dem vor der Wahl von der CDU geforderten und nun wohl begrabenen Bolzplatz.

Wenn wir uns schon keinen Stadtjugendpfleger leisten mögen (Schönberg hat sogar zwei), wäre ein Streetworker als Ansprechpartner immerhin eine Lösung. Das Problem ist nur – es darf nichts kosten, sagt die CDU-Mehrheitsfraktion in der Lütjenburger Stadtvertretung.



Viel zu früh schließen sich die Türen des JAZ.

Kommentar von Peter Holst



Elternwille zählt für die CDU nicht!

Auf Initiative der SPD-Lütjenburg und der Kreisfraktion hatte sich die CDU bereitgefunden, einer Befragung der Eltern von Kindergarten- und Grundschulkindern zuzustimmen.

Wie wir erwartet hatten, stimmte die Mehrheit der Eltern (53,4%) für längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse in einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe, wie sie in nahezu allen europäischen Ländern die Regel ist. Die Beteiligung an der Abstimmung am 17.12. betrug 40%.

Nur 12,95% wollen im Lütjenburger Schulzentrum eine Regionalschule (Zusammenschluss von Haupt- und Realschule). Eine klare Sache, sollte man meinen. Der Kreistag würde dem Elternwillen in seinem Einrichtungsbechluss schon folgen.

Aber weit gefehlt! Die CDU, die bereits im Jahr 1983 unter Werner Kalinka das damalige Konzept einer Kooperativen Gesamtschule gegen den Willen einer großen Mehrheit von Eltern, Schülern und Lehrern im Landtag torpediert hatte, setzte nun ein weiteres mal ideologische Scheuklappen auf.

Die Entscheidung war mehr als ernüchternd, nicht nur für die befragten Eltern. Das Ergebnis der Elternbefragung interessierte in der CDU-Kreistagsfraktion offensichtlich niemanden. Der Kreistagsbeschluss, auf einen einfachen Nenner gebracht, lautet: Im Schulzentrum Lütjenburg gibt's eine Regionalschule, basta!

Für Kinder, die nun eine Gemeinschaftsschule besuchen möchten, bedeutet das: 20km und mehr täglicher Fahrt nach Schönberg und zurück. Nun raten Sie mal, wer die Fahrt dorthin zu bezahlen hat? Richtig: Die Stadt Lütjenburg und die umliegenden Gemeinden, nicht aber der Kreis als Verursacher. Ich meine: So darf und kann man nicht mit den Bürgern umgehen.



Nichts Neues aus Nienthal SPD hält kritischen Abstand

Betrachtet man die Presseveröffentlichungen der letzten Wochen, so kommt man aus dem Staunen gar nicht heraus. Die MEN gGmbH bzw. das Projekt Nienthal geistern immer noch presswirksam durch alle Blätter. Die SPD-Fraktion hat das MEN-Projekt dagegen stets mit „kritischem Abstand“ betrachtet und immer wieder angemahnt, dass sich Lütjenburg damit finanziell überheben könnte.

Wie steht es nun wirklich um das Projekt? Seit einiger Zeit kursiert (oft wiederholt) die Kunde von einem 500.000 €-Zuschuss der Bundesstiftung Umwelt in der Regionalpresse. Eine tolle Sache, doch Tatsache ist, dass dieser Bescheid an eine Förderung des Landes gebunden ist. Wenn also das Land nicht im erforderlichen Rahmen fördert, gehen auch die in Aussicht gestellten 500.000 € flöten.

Beim Land beschäftigt sich jetzt bereits der 3. Wirtschaftsminister (Austermann, Marnette, Biel) mit der Finanzierung. Ähnlich die Situation bei den MEN-Geschäftsführern. MEN rechnet mit einer 65%igen Förderung der geschätzten Investitionssumme von 6,9 Mio. €. Ist diese Annahme angesichts der vom Finanzminister verhängten Haushaltssperre noch realistisch?

Man darf gespannt sein, wie's im Nienthal weitergeht. Vor allen Dingen deshalb, weil Lütjenburg ja schon eine Menge investieren musste. Die LR hat Sie bereits mehrfach ausführlich über die Kosten der Ausfallbürgschaften und des notwendigen Straßenausbaus informiert. Warten wir's ab.

Impressum:

Lütjenburger Rundschau

Herausgeber: SPD-Ortsverein Lütjenburg
e-mail: webmaster@spd-luetjenburg.de

V. i. S. d. P.: Traudl Holst,
Redaktion: Peter Holst,
Hans Fritzenkötter, Traudl Holst, Eckhard Voß,
Matthias Treu,
Auflage: 3000

Traudl Holst: Was wird denn jetzt aus SKY?

Das fragen sich seit längerem auch die Kunden, nachdem vor über 6 Jahren SKY vor allen anderen Märkten sein Interesse an einer Ausweitung der Verkaufsflächen geäußert hatte. Doch bis heute ist nichts Genaues von einem Konzept oder einer konkreten Planung zu erfahren. Als letzter der Lütjenburger Märkte muss SKY sich weiterhin mit drangvoller Enge abfinden, nachdem LIDL, Familia, Penny und jetzt auch ALDI aus dem Vollen schöpfen können. Wo bleibt der SKY-Markt, der hier länger ansässig ist als LIDL und Penny? Im jetzigen Gebäude bieten sich keine angemessenen Möglichkeiten. Auf dem südlichen Gildenplatz vielleicht? Gerüchte gibt's genug, klare Pläne für die Erweiterung eines SKY-Marktes sind nicht erkennbar. So fragt sich nicht nur Traudl Holst, was hier eigentlich gespielt wird! Eine klare Antwort aus dem Rathaus gibt's auch zu diesem Thema nicht. wen wundert das?



Ulrike Rodust: Ein starkes und soziales Europa

69% der Deutschen wissen nicht, dass in diesem Jahr das Europäische Parlament gewählt wird, und 24% sind sich bereits sicher, dass sie nicht an der Europawahl teilnehmen werden. Keinem Europaabgeordneten können diese Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung gefallen – erst recht so kurz vor dem 7. Juni.

Interessant ist aber, das gleichzeitig viele der Befragten mehr Mitspracherechte in der EU fordern: Drei von vier Bürgern, so zeigte sich in der Umfrage, befürworteten etwa europaweite Volksbegehren. Wie passt das zu der inzwischen schon traditionell niedrigen Wahlbeteiligung? Vielleicht hält nicht nur europäisches Desinteresse viele Menschen vom Gang in die Wahllokale ab, sondern auch das Gefühl, durch Nichtwahl "denen in Brüssel" einen Denkkzettel verpassen zu können. „Gerade um die Stimmen dieser Bürger will ich kämpfen“, so Ulrike Rodust. „**Am 7. Juni wird schließlich darüber entschieden, welches Europa wir wollen!**“

Als Sozialdemokratin will Ulrike Rodust an einem **sozialem Europa**, dem großen Integrationsprojekt der kommenden Jahre, weiter engagiert mitarbeiten. Hier will sie ihre Erfahrungen als Kommunalpolitikerin und langjährige Landtagsabgeordnete einbringen und im Europäischen Parlament die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins vertreten.

„Wir brauchen faire, gerechte Zustände und klare Regeln für die Märkte; wir müssen solide ökologische Standards und hohe Qualitätsmaßstäbe bei Produkten verteidigen. Auch gegen die Interessen einflussreicher Lobbyisten“, so die Europaabgeordnete aus unserer Region.

Ulrike Rodust: „Ich wünsche mir, dass möglichst viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Das soziale Europa braucht andere Mehrheiten – auch im Europäischen Parlament. Deshalb ist der 7. Juni 2009 für uns alle ein so wichtiger Termin.“



Ulrike Rodust

will ihre Arbeit für ein soziales Europa im Europäischen Parlament fortführen. Der Mutter zweier erwachsener Kinder geht es um europaweite Mindestlöhne sowie eine soziale Ausgestaltung der Zeit- und Leiharbeit sowie der Entsende-Richtlinie. Seit gut einem Jahr beackert die 1949 in Niedersachsen geborene Industriekaufrau diesen Themenkatalog. Sie kennt sich aus im Land, sie kennt die Menschen und sie kennt die Probleme Schleswig-Holsteins. Hier war Ulrike Rodust nicht nur bis 2008 im Landtag, sie war auch zehn Jahre lang stellvertretende Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD.

Fahrdienst:

Sie wollen am 07. Juni Ihre Stimme persönlich im Wahllokal abgeben, schaffen den Weg dorthin aber nicht, dann rufen Sie einfach den Fahrdienst der SPD (7491) an. Wir sorgen dafür, dass Sie hingefahren und zurück gebracht werden.

Henning Hensch:

Unser Europa braucht am 7. Juni Ihre Stimme

Nutzen Sie, liebe Bürger, Ihr Wahlrecht; denn wir sind fest eingebaut im zusammenwachsenden Europa. Deutschland ist neben Frankreich bisher Gewinner des leider immer noch wirtschaftlich ausgerichteten Verbundes Europa. Das hat es bisher nicht geschafft, zu einer demokratischen und parlamentarischen Einheit zu wachsen.

Da wir und Frankreich jedoch die Nettozahler sind, ist die gemeinsame Forderung nach mehr prüfbarer und gemein-

samer demokratischer Ordnung mehr als gerechtfertigt. Ein soziales, gerechtes und verfassungsgebundenes Europa muss her, je schneller, desto besser! Dazu gehört auch der Abbau der unüberschaubaren Bürokratie.

Sozialer Gleichschritt, Wahrung der Menschenrechte, ethnische Akzeptanz und Recht und Gerechtigkeit gehören in unserer Kultur zur Tradition. Das ist die Basis der Sozialdemokratie in Europa!

Entscheiden Sie am 7. Juni mit für ein soziales Europa.

Stimmzettel
für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009
im Land Schleswig-Holstein

Sie haben 1 Stimme

1	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	2	Die Linke für das Land Schleswig-Holstein
	1. Rainer Riga , Exp. Ingenieur agr. Landwirt, Ingolstadt 2. Nicole Stierck , Politikwissenschaftler, Köln/Bonn 3. Karin Brackhoff , Angestellte, München 4. Wilfried Weske , Wirtschaftsinformatiker, Wetzlar 5. Axel Berendts , Historiker, Bielefeld, Wetzlar		6. Claudia Stamm , Prof. für Politikwissenschaft 7. Thomas Heinrich , Mediziner, Neurologie, Schleswig 8. Thomas Stathel , Ingenieur, Kaufmann, Berlin 9. Hans-Joachim Wolff , Journalist, Berlin
2	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Gemeinsame Liste für alle Länder	
	1. Marco Scholz , Buchhändler, Wuppertal (SPD) 2. Erika Seifried , Stadtratskassiererin, München (SPD) 3. Bernd Plagky , Kaufmann, Osnabrück (SPD) 4. Julia Heg , Medizinstudentin, and. Fachlehrerin, Wetzlar (SPD) 5. Wolfgang Keiser-Dörfler , Mediz. Labort., München (SPD)		6. Ruth Lang , Einzelhändlerin, Bielefeld (GL) 7. Julia Griffels , Adv. 0208-Regierungsrechtl., Ludwigshafen am Rhein (GLP) 8. Hans Reinhardt , Kaufm./Politikwissenschaftler, Gießen (GL) 9. Dagmar Reinischbach (Hans Reinhardt) , Med./Pädagogin, Potsdam (GL) 10. Jens Geier , Angestellter, Esser (GL)

Geben Sie Ihre Stimme der SPD!



Zehn Jahre hat die „Leiter“ ihren Dienst verrichtet. Sie war damals ein echtes Schnäppchen.

Wie soll es mit dem Klärwerk und den Stadtwerken weitergehen? Unter dem Titel „Gleiche Kosten für alle und Partnerschaft mit den Umlandgemeinden“ wird die SPD ihr Modell in der nächsten LR-Ausgabe vorstellen, denn eine Lösung kann auf gar keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden. Mehr unter www.spd-luetjenburg.de.

Keine Fahrzeugtechnik ist für die Ewigkeit

Kein Auto ist für die Ewigkeit gebaut, auch keine Drehleiter der Feuerwehr.

Da Lütjenburg verpflichtet ist, ein solches Rettungsgerät vorzuhalten, aber auch die Sorge um Leib und Leben unserer Bürger veranlasste die Kommunalpolitiker allesamt, nie eine Ersatzbeschaffung in Zweifel zu ziehen.

Mehrere Angebote wurden eingeholt und im Finanzausschuss vorgestellt. Die Parole lautete: Mittelbereitstellung mit Augenmaß, und so einigte man sich auf eine Obergrenze von 150.000 Euro.

Nach intensiven Gesprächen der SPD-Fraktion mit Vertretern der Feuerwehr aller Ebenen war schnell klar, 150.000€ würden nicht reichen, vernünftigen Ersatz zu beschaffen. Das Ergebnis: Für 250.000€ könnte man eine generalüberholte, technisch einwandfreie gebrauchte Drehleiter kaufen.

Die Fraktionsvorsitzenden beider Parteien waren sich einig, die Entscheidung nicht zu einem Politikum werden zu lassen. Angesichts dieser Vereinbarung fielen die SPD-Mitglieder der Stadtvertretung aus allen Wolken, als die CDU plötzlich gewaltig nachlegte. Sie wollte jetzt fast

die doppelte Summe, nämlich 480.000 € für eine Vorführleiter ausgeben. Warum dies die wirtschaftlichere Lösung sein sollte, konnte durch keine Berechnung belegt werden. Angesichts dessen war die SPD nicht bereit, dem plötzlichen Sinneswandel der CDU zu folgen. Da an diesem Tage eine Pattsituation bestand, konnte sich keine Fraktion durchsetzen.

So schlug die SPD vor, eine außerordentliche Stadtvertreter-sitzung einzuberufen, in der die Verwaltung verwertbares Zahlenmaterial zur Wirtschaftlichkeit beider Möglichkeiten vorlegen sollte.

Eine außerordentliche Sitzung fand nicht statt, weil sich der Bürgermeister und einige Stadtvertreter in Urlaub befanden.



Ihre Meinung ist uns wichtig

Über alle Themen dieser Ausgabe, die wir aus Platzmangel leider nicht in der gewünschten Ausführlichkeit abhandeln konnten, stehen wir gerne Rede und Antwort. Wann und wo? Jeden 3. Freitag im Monat ab 16 Uhr im „Alten Posthof“.

Alle Beiträge können Sie im Internet unter www.spd-luetjenburg.de nachlesen.

Wenn Sie hierzu Ihre Meinung „sagen“ wollen, schreiben Sie uns oder schicken Sie uns eine mail: webmaster@spd-luetjenburg.de.

Ein Supermann im Rathaus macht alles?

Er sollte den Ehrenamtlichen Bürgermeister als Verwaltungsfachmann unterstützen und entlasten, quasi als rechte Hand des von oben verordneten Laien-Bürgermeisters. In einer 6.000-Einwohner-Stadt gibt es ohne Zweifel eine Menge zu tun, da stößt ein Ehrenamtlicher schnell an seine zeitliche und fachliche Grenze, zumal fast die gesamte Verwaltung aus dem ehrwürdigen Rathaus verschwunden ist. Da hat ein Stadtreferent genug zu tun, um seinem Bürgermeister mit einem 12-Stundentag zuzuarbeiten. Überstunden müssten da wohl an der Tagesordnung sein, sollte man meinen. Nicht so bei Herrn Leyk, der hat noch freie Kapazitäten ohne Ende. Glauben Sie nicht? Wir auch nicht, ist aber so, denn wie sonst ist zu erklären, dass er bei der MEN-gGmbH jetzt auch noch als Geschäftsführer fungiert? Und, darf er denn das überhaupt? Darf er, sagt die CDU, Herr Ocker und Herr Anders. Da wundert uns gar nix mehr!

Matthias Treu: „So wurde schließlich erst am 29. April entschieden, wie fast zu erwarten, ohne nachprüfbar Zahlen der Verwaltung.“ Es nutzte nichts, dass die SPD belegen konnte, dass ihr Vorschlag der wirtschaftlichere sei. Die jetzt vollzählige CDU blieb bei der Verdoppelung. Jetzt bekommen wir zur Drehleiter noch einen saftigen Kredit und das in der so kritischen Finanzsituation. Das „klasse Politikum“ gab's quasi als Zugabe. Bravo!

Das Letzte: Blockheizkraftwerk - oder Papier ist geduldig.

Noch im Jahr 2007 waren sich die Lütjenburger Stadtvertreter einig, auf dem Gelände des Klärwerkes ein Blockheizkraftwerk zu errichten, um die Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen. Ein entsprechender Beschluss wurde gefasst. Und, was hat der Bürgermeister als zuständiger Werkleiter veranlasst? Sie ahnen es, gar nichts. Der BM führt die Beschlüsse der Stadtvertretung einfach nicht aus.

Demokratie sieht anders aus. Weil der Wirtschaftsplan 2009 keine Mittel für ein Blockheizkraftwerk enthielt, verweigerte die SPD ihre Zustimmung. Weil Stimmengleichheit herrschte, musste der Wirtschaftsplan zurück in den Werkausschuss. Hier wurde die Entscheidung durch die CDU in das Jahr 2010 verschoben. Papier ist ja so geduldig.